

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Neken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Schriftleitung: Otto Maier, D'orf, Florastr. 7.

Nummer 16

Düsseldorf, den 22. April 1933

Verbandort Krefeld

## Vor der „Sozialen Botschaft“

M. Am 1. Mai, der als „Tag der deutschen Arbeit“ gefeiert werden soll, wird nach den amtlichen Mitteilungen ein Staatsakt begangen werden, der von symbolischer Bedeutung für die ganze deutsche Nation sein muß. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg wird als Staatsoberhaupt an diesem Tage dem deutschen Volke eine neue „Soziale Botschaft“ verkünden, der Herr Reichskanzler Hitler aber wird als Vertreter der Reichsregierung in einer Rede über „Die Ehre der deutschen Arbeit“ zum Volke sprechen. Damit wird der 1. Mai als „Tag der deutschen Arbeit“ zugleich zum Tage der feierlichen Proklamation des sozialen Willens der Reichsregierung und ihres sozialen Programms.

Es bedarf kaum eines Hinweises darauf, von welcher weittragender Bedeutung jene bevorstehenden programmatischen Erklärungen der Reichsregierung für das ganze deutsche Volk sein werden. Die soziale Frage und die Frage „Arbeit und Brot“ ist zur Existenzfrage der deutschen Nation überhaupt geworden und unter der immer schärferen Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Not in den Mittelpunkt aller innerpolitischen Probleme gerückt. Sie ist der Brennpunkt, in dem sich letzten Endes auch die Fragen der nationalen Wiedergeminnung jener politisch verirrten und vom Marxismus verführten „Abseitigen“ unseres Volkes berühren: Die Rückführung jener entwurzelten Millionen „Heimatloser“ zur Nation, durch deutsche Arbeit und Arbeitsehre, Beruf und eigene deutsche Scholle.

Aus diesen Überlegungen aber ergibt sich, daß die soziale Botschaft des Jahres 1933 zu jener Sozialen Botschaft des deutschen Kaisers vom Jahre 1881 steht, und die Folgerungen, die sich aus jener Gegenüberstellung von damals und heute ergeben:

War der Grundgedanke jener Sozialen Botschaft des Jahres 1881 der Gedanke der Staatsfürsorge für die von der „Proletarisierung“ bedrohte unterste Volksschicht der Arbeitnehmererschaft, so ist das soziale Ziel von heute die Eingliederung und Standwerdung der schaffenden Menschen in Volk und Nation — in selbstverantwortlicher Stellung als Glied der Gemeinschaft. Das aber ist nicht mit dem Brote allein getan, nicht mit der „Fürsorge“ für den Arbeitslosen, Kranken und Invaliden; sondern kann nur erreicht werden durch eine berufständische Verpflichtung der Gemeinschaft gegen den Einzelnen und des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, wie sie die Perspektive einer neuen berufständischen Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft uns weist.

Jene soziale Neuordnung oder kann nicht künstlich geschaffen oder der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft aufgepfropft werden. Sie muß organisch entwickelt werden aus den vorhandenen natürlichen Ansätzen, die eine bereits gewordene berufständische Entwicklung bietet. Nur in dieser organischen Fortentwicklung der gesunden Kräfte liegt die Gewähr für wirkliche Gestaltungs- und Lebenskraft einer neuen sozialen Ordnung, die den Arbeitnehmer vor der Verproletarisierung bewahren, aus seiner nur-Zohnempfänger-Stellung herausheben und ihm Arbeits- und Berufsehre, Standesbewußtsein und damit nationales Bewußtsein geben soll.

Seit Jahrzehnten ringt die deutsche Arbeitnehmererschaft darum. Ringt um Standwerdung und berufständische Anerkennung; bewußt in der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung, unbewußt und passiv mißbraucht in der sozialistischen Arbeitnehmerbewegung. In ihren Standesorganisationen schloß sie sich zusammen, zu mehr als nur zu Lohn- und Tariffbewegungen: zu verpflichtenden Solidargemeinschaften für Stand und Beruf. Hier ist — mag es auch zu einem Teil noch schlauer durchschaut sein — jenes organisch gesunde Wachstum, das Anknüpfungspunkte bietet zur Fortführung, Weiterentwicklung und Neugestaltung der sozialen Ordnung. Die Einbeziehung dieser natürlichen, organisch gewachsenen Berufsgemeinschaften als selbständige und verantwortliche Träger der neuen Sozialordnung

## Die christl. Gewerkschaften im neuen Reich

M. Es gibt Leute, die — ob aus eigener Ueberzeugung oder aus gewissen Absichten, kann dahingestellt bleiben — den Standpunkt vertreten, für Gewerkschaften sei im neuen nationalen Staat kein Platz und kein Betätigungsfeld mehr. Die sozialen Aufgaben, die bisher den Gewerkschaften oblagen, übernehme im neuen Reich der Staat, so erklären sie, und gewerkschaftliche Streik- und Unterstüzungseinrichtungen seien dann nicht mehr notwendig.

Wie steht es darum? —

Zunächst eine Vorbemerkung: Zweck der Gewerkschaften ist die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft. Ihr Ziel ist die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaften sind also nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: Sie dienen der Arbeiterschaft und ihren Interessen. Könnte eine andere Institution diese Aufgabe besser erfüllen als die Gewerkschaften — dann bestünde also auch keine Daseinsberechtigung mehr für die Gewerkschaften.

Die entscheidende Frage also ist:

Kann der neue nationale Staat an die Stelle der Gewerkschaften treten und kann er — wenn die erste Frage bejaht werden muß — die Interessen der Arbeiterschaft besser wahrnehmen als die Gewerkschaften? —

Es ist ohne Zweifel denkbar, daß der neue nationale Staat eine Anzahl von Fragen in seine Hand nimmt, die bisher den Gewerkschaften oblagen. So könnte man sich denken, daß der Staat Fragen der Sozialpolitik und Sozialversicherung stärker in seine Regelung stellt. Ebenso daß er Fragen der Arbeitszeit und Tariff- und Gesamtvertrags- und Lohnregelung unter seine Funktion nimmt.

Das würde freilich im Gegensatz zu einer auch vom Nationalsozialismus erstrebten berufständischen Ordnung und Selbstverwaltung stehen und in der sozialistischen Tendenz der „Verstaatlichung“ liegen. Aber diese Frage ist hier nicht bestimmend.

Ist Voraussetzung für den Neubau von Wirtschaft und Gesellschaft. Ihrer ist — wenn dieser Neubau lebens- und tragfähig sein soll — nicht zu entzagen.

Die Reichsregierung hat ihr soziales Wollen bereits bei früheren Gelegenheiten wiederholt bekundet. Klar und eindeutig brachte der Herr Reichspräsident von Hindenburg seine soziale Bestimmung zum Ausdruck, als er im Herbst vergangenen Jahres an Herrn von Papen schrieb: „Die sozialen Lebensrechte des Volkes müssen gewahrt werden.“

Zu wiederholten Malen nahm auch der Herr Reichskanzler Hitler Gelegenheit, sein soziales Bekenntnis für „den deutschen Arbeiter der Hand und des Kopfes“ auszusprechen, mit denen er sich — wie er noch in den letzten Regierungserklärungen im Reichstage ausführte — verbunden fühle. Auch Herr Vizekanzler von Papen hat noch vor wenigen Wochen sowohl auf einer Kundgebung in Wilhelm/Ruhr, als auch in Preskau den sozialen Gedanken bejaht.

An der Lauterkeit der sozialen Bestimmung und dem ehrlichen sozialen Willen der Reichsregierung können nach diesen Erklärungen kaum Zweifel mehr bestehen. Ihr soziales Wollen aber und ihre durch die Soziale Botschaft des Herrn Reichspräsidenten und die programmatischen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers erfolgende Zielsetzung des sozialen Neubaus schließt jene Erkenntnis in sich, daß — nach den Worten des Herrn Vizekanzlers von Papen — erhalten werden muß, „was die deutsche Arbeiterschaft in gesunder Selbstverwaltung aufgebaut hat“, damit die Gewerkschaften im Sinne ihrer wesenstypischen Bestimmung „ein starker Pfeiler einer neuen Volksordnung werden“.

Diese Erkenntnis zeigt das neue Ziel, das einer Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gestellt ist, wie die „Soziale Botschaft“ sie erstrebt.

Ausschlaggebend ist für uns lediglich die Frage: Wird damit die Gewerkschaftsbewegung erübrigt? Die Antwort muß verneinend sein.

Auch wenn die bisherigen Funktionen des Staates auf sozialpolitischem Gebiet erweitert werden, wird die Gewerkschaftsbewegung noch nicht überflüssig.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß die besten Sozialgesetze der Arbeiterschaft nichts nützen, wenn nicht eine vom Betrieb und Arbeitgeber unabhängige Instanz da ist, durch welche die Arbeiterschaft sich die Durchführung dieses Sozialrechtes sichert. Das können nicht die einzelnen Arbeiter, das können auch nicht Betriebsräte, die ohne gewerkschaftliche Rückendeckung allein stehen und vom Arbeitgeber abhängig sind — das können nur Gewerkschaften, die unabhängig vom Einzelbetrieb und -arbeitgeber sich für den Einzelarbeiter und die Belegschaft einsetzen.

Solange noch Unternehmer da sind, bedarf die Arbeiterschaft auch im nationalen Staat der gewerkschaftlichen Sicherung.

Kann schon der Staat, wie wir aus dieser Ueberlegung der Frage „Staat statt Gewerkschaften“ ersehen haben, nicht an die Stelle der Gewerkschaften treten und sie nicht ersetzen, so kann er noch weniger die Interessen der Arbeiterschaft besser wahrnehmen als die Gewerkschaften. Er kann wohl die denkbar beste Sozialpolitik machen, aber die **Wahrnehmung der Arbeiterschaft** liegt bei der Gewerkschaft selbst. Und:

Solange noch ein Stück freier Wirtschaft da ist, solange sind darum auch Gewerkschaften nötig.

Die Antwort auf unsere Frage muß also lauten: Nicht „Staat statt Gewerkschaften“ und nicht „Staat oder Gewerkschaften“, sondern „Staat und Gewerkschaften“.

Was von der „freien“ Wirtschaft gilt, das gilt nicht minder auch für eine Wirtschaft berufständischer Gliederung. Jene

Im christlich-nationalen Staat gehört der deutsche Arbeiter in die christlich-nationalen Gewerkschaften!

gemeinsamen Aufgaben, die in einer berufständischen Ordnung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbstverantwortlich übernommen und erfüllt werden sollen, können von der Arbeiterschaft und für die Arbeiterschaft nur in erfolgreicher Weise durchgeführt werden, wenn unabhängige Gewerkschaften die Arbeiterschaft vertreten und verpflichten. Nur unabhängige Gewerkschaften können für die Arbeiterschaft auch dem Arbeitgeber gegenüber ehrlich paktieren — nicht „Ersatzgewerkschaften“, gelbe Nach-Arbeitervereine usw. Nur Organisationen, auf deren Ehrlichkeit und Verlässlichkeit einerseits die Arbeiterschaft selbst Vertrauen haben kann, auf die aber auch die Arbeitgeber sich verlassen können.

So ist das Ergebnis auch hier das gleiche: Auch in einer Wirtschaft und Gesellschaft auf der Grundlage der berufständischen Ordnung braucht die Arbeiterschaft ihre Standesvertretungen, die Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften aber, begründet auf der Idee der Berufs- und Standesgemeinschaft, tragen die Voraussetzungen in sich, Träger der neuen berufständischen Ordnung zu sein.

Sie wurzeln im Gemeinschaftsgedanken, aus dem heraus sie stets die marxistischen Klassenkampfideen der Sozialisten abgelehnt haben. Sie bejahen Berufsverbundenheit und Standespflicht und streben nach einer Gesellschaftsordnung, die auf stehen für Gleichachtung aller Stände und Schichten, deren gemeinsame Interessen sich begegnen im sozialen Volksstaat.

Aus dieser grundsätzlichen Einstellung und aus der Vergangenheit unserer Bewegung wächst unsere Vision für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft:

Grundlage und Brücke zu sein für die Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft in Volk und Staat.

Unsere Parole aber muß sein:

## Der nationale Wille der christlichen Gewerkschaften

National ist für uns keine Sache der Ubrige. Nationale Gesinnung und Haltung gehören zu unserem Wesen nicht minder wie die Ehrlichkeit. Sie sind die Wesenseigenen unserer Bewegung. National sein heißt für uns, Liebe und restlose Hingabe legen für die deutsche Nation, mit dem Herzen an allem Nationalen hängen, heißt, das Volk mit Liebe in sich aufnehmen. National bedeutet für uns das Gefühl der Verbundenheit zwischen Einzelperson und Volk; es bedeutet das lebendige Gefühl der Zugehörigkeit des Einzelnen zu seinem Volke und umgekehrt; es bedeutet Liebe des Volkes zum einzelnen Rinde des Volkes und Liebe des Einzelnen zu diesem Volke. Es bedeutet die bewußte oder unbewußte Veranschaulichung und Ehrung dieses Verhältnisses durch einen und alle um jedes und des Ganzen willen, um seiner selbst willen, so, wie Familie und Familienbände um der Familie und der einzelnen Angehörigen willen anerkannt und geehrt werden.

National sein heißt, das Volk, das deutsche Volk in seiner Ganzheit lieben, in seiner Gegenwart, in seiner Vergangenheit und Zukunft, in allen seinen Schichten und Geschichten, mit allen seinen guten und auch mit allen seinen schlechten Eigenschaften. Freilich heißt national sein nicht, die schlechten Eigenschaften, die Unvollkommenheiten und Laster selbst des Volkes anerkennen oder gar verherrlichen, sondern es heißt, seinem Volke trotz seiner Schwächen und Fehler zugetan sein; es heißt, die Laster und Fehler mit Liebe bekämpfen.

Aus unserer Liebe zum deutschen Volke entspringt für uns das Frohgefühl, diesem Volke anzugehören, entspringt zugleich für

uns die Sorge um dieses Volk. Gewiß, wir sind Arbeiterbewegung, gewiß, wir sind sogar „nur“ Gewerkschaftsbewegung, aber dieses alles sind wir auf nationalem Grunde, getragen von nationalen Kräften, besorgt um das Wohlergehen und die Zukunft der Nation.

So erklärt sich der Charakter unserer Bewegung, und so erklärt sich auch ihr Bestimmungswille. Es erklärt sich daraus auch, weshalb diese Bewegung niemals lediglich eine Bewegung zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern stets Volks- und Kulturbewegung gewesen ist und sein will. Nur der versteht diese Bewegung ganz, der in ihrer Bezeichnung den Worten christlich-national ebenbürtig Gewißheit bezeugt, als dem Worte Arbeiterbewegung.

Dem nationalen Wohl glauben wir als Arbeiterbewegung zu dienen, wenn wir eine andere, nach unserer Ueberzeugung bessere soziale Ordnung erstreben. Wir treiben Arbeiterpolitik und Sozialpolitik um der Arbeiterschaft willen. Aber wir betreiben sie im Rahmen der uns durch eine gesunde nationale Gesinnung gezogenen Grenzen, und nicht nur das, sondern wir handeln in der Ueberzeugung, daß gerade die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der unteren Schichten und das Streben nach Ausgleichung der Gegensätze zwischen allen Schichten des Volkes, wie es uns auf Grund unserer christlich-nationalen Einstellung eigen ist, dem Ideal eines jeden Volkes, eine Einheit zu sein, eine Harmonie zu bilden, näher bringt. Das Bewußtsein, daß es sich hierbei um ein Ideal handelt, das niemals voll und ganz erreicht werden

# Wirtschaftskrise zerstört die Volksgesundheit

## Eine interessante Erhebung der Hygieneaktion des Völkerbundes.

hann, hält uns ebenso sehr vor übertriebenen Erwartungen und zerstörenden Handlungen ab, wie die Erkenntnis, daß jeder Schritt diesem Ideale entgegen der Gesamtheit des Volkes dient, uns vor Gleichgültigkeit und Erstarrung bewahrt.

Wenn wir also auf wirtschaftlichem Gebiete größeren Güterreichtum auch und insbesondere für die arbeitenden Schichten des Volkes, wenn wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben, wenn wir die Wohnungsverhältnisse und die Bildungsmöglichkeiten der breiten Schichten des Volkes zu verbessern suchen, wenn wir die Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Vermittlung größerer Einflüsse in die Zusammenhänge und durch Eintreten für die Verbesserung der materiellen und geistigen Beziehungen zwischen den einzelnen Volksschichten zu fördern suchen, so tun wir das um der Menschen und ihres individuellen Wertes willen, aber wir tun es auch um der nationalen Gegenwart und Zukunft willen.

Wir sind uns vollkommen bewußt, wie wichtig für das Volk und die Nation eine feste allgemeine Organisation ist, die es ihm ermöglicht, seine Kräfte zusammenzufassen, zu hüten und zu fördern. Wir wissen, daß von Natur aus jedem Volke der Trieb nach einer solchen Organisation innewohnt, daß jedes Volk also in gewissem Sinne auch unter normalen Verhältnissen ein Organismus ist. Deshalb anerkennen wir den Staat, und unser Wunsch und Streben ist der weise, kraftvolle Staat, der den eben gekennzeichneten Aufgaben auch gerecht zu werden vermag. Weil der Staat nicht nur dem Volke von außen aufgegründene Organisation, sondern auch aus den inneren natürlichen Bedürfnissen und Trieben des Volkes entstammender Organismus ist, so kommt uns unser natürliches Empfinden in Uebereinstimmung mit unserer christlichen Auffassung von der Einmaligkeit und Individualität der Völker dem nationalen Volkstaate entgegen. Wir wünschen und erstreben, daß das deutsche Volk in seinen natürlich zusammenhängenden Teilen unter einer überragenden Staatsgewalt zusammengefaßt sei, und daß dieser Staat das Herz und die Kraft habe, allen deutschen Volksgenossen, die aus irgendwelchen Gründen außer seinen Grenzen leben, Schutz und Förderung angedeihen zu lassen, mag es sich dabei um deutsche Arbeiter, deutsche Gewerbetreibende, Kaufleute oder Männer der handeln.

Wir wünschen und fordern einen starken nationalen Staat und fordern, daß in diesem Staat Anerkennung, Gleichberechtigung, Schutz und Hilfe dem Arbeiterstand gesichert wird. Wir sind nicht revolutionär, halten aber eine verfassungsmäßige Weiterentwicklung unseres Staatswesens für erforderlich. Wir fördern und unterstützen alle Bestrebungen, welche geeignet sind, unserm Staat nach außen Ansehen und Macht und nach innen Autorität und Ordnung zu sichern; denn der Staat repräsentiert die Nation.

Wer sich ein Bild von den Wirkungen der Wirtschaftskrise auf den öffentlichen Gesundheitszustand machen will, der braucht sich eigentlich nur einmal vor den Eingang einer Siempelstiege oder eines Waghaftrams zu stellen. Und wer Gelegenheit hat, in den Haushalt eines Arbeitslosen zu blicken, dem werden die hungrigen Kinder, die Augen und die von Sorge und Not ausgemergelten Gesichter der Frauen mehr sagen als alle Statistiken und Untersuchungen. Trotzdem verdient eine Untersuchung größte Beachtung, die von der Hygieneaktion des Völkerbundes über die gesundheitlichen Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Volksgesundheit angestellt wurde.

Die Arbeitslosen werden von der Krise naturgemäß am härtesten betroffen.

Man wird die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit mittel- und unmittelbar betroffenen Bevölkerung der Welt mit vielleicht 50 bis 60 Mill. schätzen können. Unter der Arbeiterklasse sind die Sturzarbeiter, ja selbst die Kollarbeiter, häufig ebenso in ihrer Lebensführung beeinträchtigt wie die Arbeitslosen selbst. Kurzarbeit, Festschichten und Lohnkürzungen bewirken,

daß in sehr vielen Fällen das Einkommen unter der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung bleibt.

Die Untersuchung kommt zu dem auf den ersten Blick überraschenden Ergebnis, daß die Sterblichkeit in den europäischen Ländern — wenn man die Grippeepidemie außer acht läßt — in den letzten Jahren gesunken ist. Man hätte erwarten können, daß der Mangel an guten und genügenden Lebensmitteln, die Ueberfüllung der kleinen Wohnungen, die unzureichende Bekleidung und Heizung während des Winters und die allgemeine Verarmung auch eine Steigerung der Sterblichkeit bewirkt hätten. Trotzdem also keine Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit festzustellen ist, darf

man daraus nicht den Schluß ziehen, daß die Krise ohne schädliche Folgen auf die Volksgesundheit geblieben ist. Denn die Sterblichkeitsziffer kann nur ein unvollständiges Bild von dem Gesundheitszustand der Bevölkerung geben, zumal sich speziell die Tuberkulosesterblichkeit erst verhältnismäßig spät nach einer Zunahme der Tuberkulosekrankheit ändert. Gerade diese gefährliche Krankheit bereitet sich aber nach den Erfahrungen der Ärzte seit Beginn der Wirtschaftskrise viel stärker aus als vorher.

Der Gesundheitszustand des größten Teiles der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen hat sich aber in den letzten Jahren zweifellos außerordentlich verschlechtert. Es mehren sich die Anzeichen in erschreckendem Maße, daß die Ernährung in vielen Gegenden Deutschlands bereits einen Grad erreicht hat, der eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit bildet. Besonders die im Wachstum befindlichen Kinder der Arbeitslosen werden von der Unterernährung mit den nachteiligsten Folgen betroffen.

Unter den Krankheiten, die in auffallender Weise zugenommen haben, treten besonders solche hervor, die infolge von Unterernährung entstanden sind. So z. B. Wachstumsstörungen, Blutarmerie, Skrofuloze, Würmer, Schmutzkrankheiten, Zahnkaries und nervöse Störungen, die zu früherer Ermüdung und Unausdauerbarkeit führen. In einem Arbeiterviertel Berlins sind viele Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, im Gewicht und im Wachstum weit zurück und infolgedessen leicht anfällig für Tuberkulose, Hautkrankheiten und nervöse Störungen. Unter den erwachsenen Arbeitern, die das Ambulatorium eines Arbeiterbezirks (Kreuzberg) in Berlin aufsuchten, wurde ein allgemeiner Gewichtsverlust von 3 bis 4 Kilogramm während der letzten wenigen Monate beobachtet. Von 17 gesunden Männern, die jedoch unterernährt waren, wogen 14 weniger als 60 Kilo-

gramm. Von 60 Frauen wog keine mehr als 55,9 Kilogramm.

Nur angedeutet möge sein, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit schwere psychische Störungen bei den Erwerbslosen und ihren Angehörigen ausgelöst hat. Die Angst, die Arbeit zu verlieren, die Enttäuschungen bei der vergeblichen Suche nach einer neuen Arbeitsstelle, die Ausichtslosigkeit, in naher Zukunft wieder Arbeit zu finden, durch all dies wird nach und nach das psychische Gleichgewicht erschüttert.

Unruhe, Angst, Verbitterung, Mutlosigkeit, Verlust des Selbstvertrauens und Verzweiflung sind die typischen Symptome der seelischen Verfassung der Erwerbslosen.

Es ist nicht übertrieben, wenn heute vielfach von „einer verschleierte Hungersnot in Deutschland“ gesprochen wird. Ein großer Teil der Arbeitslosen versucht, die quantitative und qualitative unzureichende Ernährung durch ausgiebigen Schlaf auch während des Tages auszugleichen, um dadurch den Nahrungsbedarf auf ein Minimum herabzusetzen. In diesem Zusammenhang muß besonders auf die Gefahren bei solchen Plänen hingewiesen werden, die darauf hinzielen, die Erwerbslosen einer Beschäftigung zuzuführen, ohne daß ihnen gleichzeitig die bei einer Arbeitsleistung erforderliche kräftige Ernährung gesichert wird. Abgesehen von dem entkräfteten Zustand, in dem sich der größte Teil der langjährigen Erwerbslosen befindet, werden von einer Reihe von Mangelkrankheiten, wie Skorbut, Beriberi und Hungerödem, besonders solche Menschen betroffen, die bei unzureichender Ernährung schwere körperliche Arbeit leisten müssen. Bei den Frauen der Erwerbslosen, bei denen mit dem Eintritt der Beschäftigungslosigkeit des Ernährers die Arbeitslast eher noch größer wird, dürfte sich die schlechte Ernährung am frühesten auswirken.

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

als christliche Gewerkschaftsbewegung unser Teil dazu beitragen, daß im deutschen Volksleben die nationalen Werte und nationale Gesinnung wieder in erster Weise Geltung erhalten. Nur solche Völker, die national empfinden und einen nationalen Lebenswillen bekunden, erhalten sich und setzen sich durch. Wir aber wollen unseres deutschen Volkes nationale Zukunft und Geltung, darum sind wir und unsere christlichen Gewerkschaften allezeit national.

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

als christliche Gewerkschaftsbewegung unser Teil dazu beitragen, daß im deutschen Volksleben die nationalen Werte und nationale Gesinnung wieder in erster Weise Geltung erhalten. Nur solche Völker, die national empfinden und einen nationalen Lebenswillen bekunden, erhalten sich und setzen sich durch. Wir aber wollen unseres deutschen Volkes nationale Zukunft und Geltung, darum sind wir und unsere christlichen Gewerkschaften allezeit national.

Die vorstehenden Ausführungen wurden nicht heute oder gestern gemacht. Sie sind entnommen aus dem Aufsatz des Kollegen Behrens in der Festschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1924.

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

Wir sind stets dafür eingetreten, daß das deutsche Volk staatlich, national, wirtschaftlich und kulturell unabhängig und sich selbst bestimmend sein soll. Was wir daran in letzten Jahrzehnt verloren haben, das wieder zu erringen, ist ein Ziel unserer Sehnsucht und unseres Handelns. Wir aber werden

## Der „Bonze“, wie wir ihn sehen

Eigentlich ist ein „Bonze“ ein buddhistischer Priester in China, Japan oder Hinterindien. In Deutschland ist er heute ein demütigster Vertreter einer Partei, einer Gewerkschaft, eines Arbeitgeberverbandes, einer größeren Vereinigung irgend einer Art.

Die einen meinen, der „Bonze“ führe ein bequemes Schwarzherleben auf Kosten der Allgemeinheit. Die anderen wissen, wie schwer es ist, Menschen zu finden, die bereit und fähig sind, das arbeitsreiche und oft undankbare Amt eines „Bonzen“ zu bekleiden.

Wie sind die „Bonzen“ nun wirklich? Woher kommen sie?

Als die Gewerkschaftsbewegung noch in ihren Anfängen stand, da wurde die Arbeit der Leitung von einzelnen mutigen Idealführern abends nach zwölf- und mehrstündiger Arbeitszeit ehrenamtlich geleistet. — Als dann aber die Zahl der Mitglieder über eine gewisse Zahl hinauswuchs, als Ortsgruppen in anderen Städten entstanden, da kam bald der Augenblick, an dem die Arbeit bei allem Idealismus ehrenamtlich nicht mehr geleistet werden konnte.

Etwas anderes kam hinzu: Die Arbeitgeber liebten es durchaus nicht, daß ihre Arbeiter sich zusammenschlossen. Den einzelnen Arbeitern gegenüber waren sie die unumschränkten Herren. Erst zusammengegeschlossen konnten aber auch die Arbeitnehmer zu Machthabern werden. Das wollten die Arbeitgeber nicht dulden. Die Arbeitnehmer sollten gehorchen und aufpassen. Unter einer solchen Einstellung ließ sich das wohlgeleitete Unternehmensleben nur als eine gefährliche Sache für einen Arbeitnehmer, sich an die Spitze einer Organisation zu stellen. Die Arbeitnehmer, die das dennoch wagten, bekamen die Folgen zu spüren.

Sie wurden nicht nur gekündigt, ihre Namen wurden auch auf eine schwarze Liste gesetzt, die allen Arbeitgebern zugehändigt wurde. Sie mußten verhungern oder wandern. Die Arbeitgeber wollten keine Arbeiterführer ankommen lassen.

So waren die organisierten Arbeiter gezwungen, berufsamtliche Führer anzustellen, die nicht der Macht des Arbeitgeberstandes unterstanden. Diese ersten freigelegten Führer waren die ersten „Bonzen“. Es waren

meist Männer von ungewöhnlicher Tüchtigkeit. Es handelte sich durchweg um Männer von Bedeutung, die sich zum Teil recht wohl mit den Führern von Handel und Industrie einerseits, mit leitenden Politikern andererseits messen konnten.

Zunehmend entstanden auch große Arbeitgeberorganisationen. Auch sie kamen um die Anstellung von „Bonzen“ nicht herum. Aber da ergab sich ein Unterschied. Hielten die Arbeiter ihre natürlichen und gegebenen Führer an die Spitze ihrer Organisationen gestellt, so sahen sie sich die Arbeitgeber ihre „Bonzen“, die sie „Syndikat“ nannten, d. h. sie wollten sich meist jenen Arbeitgebern stellen, die ihre Arbeitgeberinteressen zu vertreten hatten.

Die „Gewerkschaftsbonzen“ entstammten durchweg dem Beruf, den sie vertreten. Sie waren, ehe sie berufsamtlich angestellt wurden, meist jahrelang ehrenamtlich in ihrer Organisation tätig und seien bei der Gelegenheit maßgebenden Führern auf diese angesehenden Führer sind eigentlich stets auf der Suche nach geeigneten Nachwuchs, dem Personen, die sich für berufsmäßige Gewerkschafts- und Verbandarbeit eignen und leisten. Sie wissen aber ein ernstliches Wissen und Können, aber kein und kein Scheinwissen, aber eine gewisse Rede- (und Schreib-)gabe und über eine gewisse Arbeitskraft verfügen. Für den „Gewerkschaftsbonzen“ gibt es keinen Hauptberuf und auch keinen eine Sonntagserwerb. Er muß zur Stelle sein, wenn er gebraucht wird, denn die Masse ist eine anspruchsvolle Arbeitgeberin.

Der „Gewerkschaftsbonze“ muß unangesehen an sich arbeiten. Er muß nicht nur sein Arbeitsgebiet beherrschen, er muß auch in der Lage sein, bei Verhandlungen mit großmächtigen Arbeitgebern, gewissen Syndikats- und kirchlichen Behörden seine Sache mit Geschick und Würde zu vertreten. Er muß es können, mit solchen, ihm vielfach an Wissen und Können überlegen Männern ein dem Maße einer gewissen Gleichheit zu verhandeln. Die Gefahr, dabei zur lächerlichen Figur zu werden, ist gar nicht so klein.

Ebenso groß ist aber auch die Gefahr, zu „groß“ aber doch eingeschüchelt zu werden und dabei die Führung mit den Arbeitgebern zu verlieren. Je weiniger langen „Bonzen“ Fröhen habe ich manche Mitarbeiter gerade an dieser

Klippe scheitern sehen. Bei den Arbeiterführern ist diese Gefahr noch größer. Nicht jeder ist so klug wie der Mainzer Bischof Willigis, der — als Wagnerjohn — auf seine Türen schreiben ließ:

Willigis, Willigis, Denk, woher du kommen ist!

Reifens werden indessen die „Bonzen“, die sich zu groß dünken, bald wieder ausgeschoben. Die Arbeiterführerschaft erträgt sie nicht auf die Dauer. Ausgeschoben werden zum Teil auch die Gewerkschaftsangehörigen, die auf Grund einer Ueberzeugung ihrer Person auf einen zu hohen Posten gelangt sind. Wenn sie genug Mutmaßungsgelände haben, müssen sie meistens ausgesperrt werden und laufen dann als grimmige Gewerkschaftsgegner herum.

Unter den „Bonzen“ der Arbeitgeber gibt es „solche“ und „andere“. Daß sie so mit der Seite bei ihrem Amt sind wie die Gewerkschaftsvertreter, kann man natürlich nicht verlangen. Sie tun ihre Pflicht, für deren Erfüllung sie bezahlt werden. Aber man muß anerkennen, daß es auch Männer unter ihnen gibt, die weiten Blick erkennen, daß es nicht nur Arbeitgeber gibt, sondern daß auch die Millionen der Arbeiter einen Recht zu leben haben. Ich fürchte aber, daß diese Männer nur eine Minderheit bilden.

Eine Gefahr für das nationale Leben bildet jene andere Art, die sich durch Schneidigkeit auszeichnen will. Diese Leute sind es, die Marxismus von der anderen Seite her treiben und Arbeiterkämpfe verfechten. Sie tragen die Schuld an der bedauerlichen Tatsache, daß der einzelne Arbeitgeber meistens viel entgegenkommender und um weitere Arbeit viel vernünftiger ist, als die Arbeitgeberorganisationen es sind.

Ein anderer Unterschied unter den verschiedenen „Bonzenarten“:

Die Gewerkschafts„bonzen“ kommen meistens von unten und steigen nach oben. Sie gehören meist — nicht immer — aus Gewerkschaften ihrer Herkunft. Die Arbeitgeber„bonzen“ sind etwa wie Regimentswäpfe einzuführen. Sie vertreten, wie diese, nach bestem Wissen und Gewissen die Sache, für die sie bezahlt werden. — Die bürgerlichen Parteiführer, unter denen es natürlich auch mehrere Idealisten gibt, kommen meist von oben, befinden sich aber vielfach auf dem Wege nach unten. Sie gehören meist dem verfallenden Teil ihres Standes an.

Der echte Gewerkschafts„bonze“ hat einen Wahl- und Leitpruch. Sein innerer Wert hängt davon ab, wie weit er diesen Spruch, der sich auch im Wappenschild alter Adelsgeschlechter befindet, zu verwirklichen imstande ist — den stolzen Spruch: „Ich diene“. Albert Zimmermann.

## Interessantes von Samt und Seide

Was viele nicht wissen:

daß eine chinesische Kaiserin zwischen 3000 und 2000 vor Christus die Seidenraupenzucht und Seidenweberei der Seide entdeckt haben soll;

daß Samt und Seide auch bei den alten Griechen schon bekannt waren, ja, daß sogar das Wort Samt auf das griechische Wort, das ein Seidenabengewebe bezeichnet, zurückzuführen soll, ein Wort, aus dem die Römer dann heramitum gemacht haben, und welches dann über die Stufen gamitum, sammitum, sammet zu unserem Wort Samt geworden ist;

daß Mailand, Genoa, Venedig, Florenz, Lucca die Sitze der Samtweberei im 12. bis 14. Jahrhundert gewesen sind;

daß Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große die Jagd der Seidenraupe in Deutschland einzuführen suchten, als dies auf die Dauer, insbesondere der klimatischen Verhältnisse wegen nicht gelang, den Seide verarbeitenden Gewerben besonderen Schutz und besondere Förderung zuteil werden ließen,

daß die ersten Seiden- und Samtweberei in Deutschland französische und holländische Gewerbetreibenden waren, die durch die Aufhebung des Zolleranzollens von Nantes aus ihrer Heimat vertrieben wurden und vornehmlich in Westdeutschland, teils aber auch in der Nähe von Berlin, sich ein neues Heim zu gründen versuchten;

daß die deutsche Seiden- und Samtindustrie auf der Weltausstellung in Barcelona 1929/30 zum ersten Male ihre Selbstständigkeit und der aus Tradition als vorherrschend angesehenen französischen Konkurrenz durch Zuerstleistung des großen Preises beständig bekam;

daß die Australierin im Durchschnitt den größten Verbrauch an Samt- und Seidenkleidern hat, wobei Wohlstand, Freude am Geldeausgeben und die fast ständige gute Witterung vielleicht gleich stark als Anreiz für diesen großen Verbrauch dienen. Klippels.

# Arbeitszeitverkürzung und Nebenerwerbssiedlung

In den folgenden Ausführungen ist die Frage der Betriebsabhaltung und der Erhaltung und Weiterbeschäftigung speziell der Facharbeiterschaft von neuen Gesichtspunkten aus untersucht, die besondere Beachtung verdienen.

Seitdem die Wirtschaftskrise das deutsche Volk erfaßte und die allgemeine Aufmerksamkeit zunglänglich auf die Ziffern der Arbeitslosigkeit und der Konkurse lenkte, beschäftigt man sich mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung und der sogenannten Anhebelung der Wirtschaft.

Bei den bisherigen Maßnahmen wurde die Aufmerksamkeit vor allen Dingen darauf gerichtet, Erfolge in großen Maßstäben zu erzielen und das Problem entweder von der Seite kapitalistischer Produktivität oder der Massenbeschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen volkswirtschaftlich vertretbarer Aufgaben angefaßt, ohne Rücksicht auf die privatwirtschaftliche Rentabilität im Einzelfall. Es ist nun nützlich, an den gesamten Fragenkomplex einmal von einer ganz anderen Seite heranzugehen. Nämlich vom Standpunkt der vielen Mittelbetriebe der Fertigungsindustrie und der Spezialindustrien in Weberei, Spinnerei, Feinmechanik und sonstigen Berufen, bei denen nicht nur Kapital und Arbeitermassen im Spiel sind, sondern wo ganz besonders der deutsche Qualitäts- und Facharbeiterstand bedroht ist. Eine große Zahl solcher Unternehmungen befindet sich auf Grund des eingeschumpften Konsums und des mangelnden Exports im verschleppten Konkurs. Nicht nur einzelne Wirtschaftszweige dieser Art, sondern ganze Wirtschaftsgebiete, wie Sachsen, Mitteldeutschland, Wuppertal, Bergisches Land u. a., sind dadurch gelähmt.

Die Gläubiger dieser Unternehmungen, mittlere und kleinere Banken, haben einst Kredite gegeben, die durchaus in einem angemessenen Verhältnis zu dem vorhandenen Wert gestanden haben. Heute wissen sie nicht, in welcher Weise sie die ihnen verpfändeten Werte flüssig machen sollen. Der Facharbeiterstand aber steht vor der Gefahr, auf die Dauer seine Tätigkeitsstätte zu verlieren und schließlich unwiederbringlich mit seinen Fach- und Spezialkenntnissen und den darin ruhenden volkswirtschaftlichen Möglichkeiten aufgelöst zu werden und verloren zu gehen. Das Wuppertal ist schon heute ein Beweis dafür, daß die Unmöglichkeit, Facharbeiter bestimmter Spezialindustrien, wie der Bandwirkerlei, drückzuhalten, durch Wegzug von Fachkräften ins Ausland früher blühenden Industrien eine endgültige ausländische Konkurrenz geschaffen hat.

Wenn man sich heute die Mühe machen würde, festzustellen, wie groß die Zahl der Fabriken und Unternehmungen ist, die allein in Sachsen und Mitteldeutschland im schleichenden Konkurs stehen, so würde die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Vorgangs richtig abzuschätzen sein. Das statistische Reichsamt ist in der Lage, diese Behauptung zahlenmäßig zu belegen.

Im Durchschnitt ergibt sich folgendes Bild: Die Anlagen der Werke, so z. B. eines großen Teils der Textilindustrie der mittleren Größenklassen, sind auf Grund der angewachsenen Ueberproduktion den Banken verpfändet. Die Gläubiger sind aber praktisch zur Stillhaltung gezwungen, weil alle bisher üblichen Wege der Verwertung verfallen. Da nur ein Bruchteil der vorhandenen Werke heute auch nur annähernd beschäftigt ist, da die meisten, soweit sie nicht vollkammermäßig stillliegen, nur in geringem Prozentsatz arbeiten, so scheidet die Verwertung solcher Unternehmungen durch Verkauf in eine andere Hand aus. Sanierungen dieser Art sind unmöglich. Ganz abgesehen davon, daß auch so die Verkaufsmöglichkeit gering wäre, ist eine Verwertung von Spezialfabriken für andere Zwecke nur selten möglich. Es bliebe also die Frage, ob die vorhandenen Maschinen und Gebäude auf Abbruch verkauft bzw. verschrottet werden sollen. Und es ist klar, daß eine solche Verwertung in keinem Verhältnis zu dem angelegten Kapital stehen würde. Das würde also praktisch in irgend einem Zeitpunkt annähernd zur Abschreibung, also zum Verlust des Anlagekapitals, führen müssen.

Somit wird man nach anderen Wegen suchen müssen, um mehr zu retten. Der Weg wird uns gerieten dadurch, daß wir es nach unserem Ausgangspunkt nicht nur mit dem Wert von Maschinen und Fabrikgebäuden, nicht nur mit dem Schicksal des Kapitals zu tun haben, sondern daß es sich auch um ungeheure Werte sozialisierter Fertigkeiten und Erfahrungen handelt. Ueberall da, wo, wie in der Weberei oder der Feinmechanik, eine Bevölkerungsfähigkeiten erworben hat, die in Generationen zur Tradition geworden sind, würden solche Fähigkeiten, wenn sie einmal von 1/4 bis 2 Morgen an Nahrungsmitteln verloren werden, vielfach endgültig verschwinden. Der Verlust einer solchen Tra-

dition ist ein volkswirtschaftlicher Wertverlust, der viel schwerer wiegt als der von Kapital. Es ist daher unmöglich, das Verschwinden ganzer Industrien etwa mit dem Argument ruhig anzusehen, daß hier das eingegangene Kapitalrisiko abgebucht würde.

Durch diese Überlegungen wird man darauf hingewiesen, an Lösungen im Zusammenhang mit einer Verkürzung der Arbeitszeit zu denken. Der Mißerfolg der internationalen Arbeitszeitkonferenz hat bewiesen, daß eine schematische Betrachtung, die für die gesamte industrielle Arbeit nach einheitlichem Schema die Arbeitszeit lösen will, nicht nur an der Frage der technisch vorteilhaften Ausnutzung von Maschinenanlagen, sondern auch an der Frage des Lohnausgleichs oder Minderung der Konsumkraft scheitern muß. Es muß daher jede Sache für sich betrachtet werden. Für den vorliegenden Fall ist eine Lösung denkbar, die die Arbeitszeitverkürzung mit der Nebenerwerbssiedlung zusammenschaltet. Aus den gemachten Erfahrungen ist erwiesen, daß eine etwa dreiköpfige Familie, durchschnittlich gerechnet, aus einem Grundstück etwa den Wert erzielen kann, der unge-

fähr dem dritten Teil der Arbeitszeit und ihrer heutigen Entlohnung für das Jahr entspricht. Wenn man hieraus die Schlussfolgerung zieht, so würde man die volkswirtschaftlich notwendige Erhaltung des Facharbeiterstandes und eine bessere Verwertung des angelegten Kapitals erzielen können, wenn im Zusammenwirken von Staat, Industrie und Gläubiger in den wichtigsten Gebieten der Mittelindustrie planmäßig die Nebenerwerbssiedlung durchgeführt würde. Hier wäre noch nicht einmal eine Verpflanzung von Industriearbeitern und Industriestandorten erforderlich, da die Werke im allgemeinen in landwirtschaftlich gemischten Gebieten gelegen sind. Wie weit zur Erreichung des Zieles eine Zusammenfassung mehrerer ähnlicher Betriebe zu Einheiten erforderlich ist und in welcher Form die Geldgeber der Unternehmungen mitzuwirken haben, darüber wird zu sprechen sein, sobald der Gedanke grundsätzlich bejaht ist. Wichtig ist, daß auch die Arbeitnehmerorganisationen auf die Gestaltung der Dinge Einfluß nehmen, damit die Beschaffung der Landzulagen zu günstigen Bedingungen und ohne jede Belastung für die beteiligten Arbeitnehmer durchgeführt wird.

# Neubau im christlich-nationalen Geiste

## Kundgebung der christlichen Gewerkschaften im Freistaat Sachsen

Der Landesauschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hatte am 2. April 1933 zu einer Kundgebung aufgerufen. Gegen 600 Vertreter aus allen Gauen Sachsens und aus allen Berufsgruppen waren der Einladung gefolgt. Außerdem viele Ehrengäste. Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium waren durch Herrn Oberregierungsrat Winuthski und Frau Oberregierungsrat H. Zeißler, das Justizministerium durch Herrn Landesgerichtsdirektor Dr. Kreul vertreten. Als Vertreter der Stadt Dresden war Herr Bürgermeister Dr. Bühner erschienen. Das Volksbildungsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium hatten der Tagung schriftlich besten Erfolg gewünscht.

Landesverbandsvorsitzender Koll. Pöcker führte u. a. folgendes aus:

Die letzten Ereignisse in Deutschland sind von weittragender Bedeutung. Sie sollen das Fundament sein für ein neues Volkstum und ein neues Deutschland. Wir hoffen und wünschen, daß sich diese Ereignisse zum Vorteile unseres Volkes auswirken. Wahrheit und Gerechtigkeit soll der oberste Grundsatz sein. Die richtige Bewertung der letzten Ereignisse setzt voraus, daß man die tiefere Ursachen erkennt. Deshalb ist notwendig, bei der Beurteilung die Ergebnisse eines längeren Zeitabschnittes zu Grunde zu legen. Deutschland hatte im 19. Jahrhundert eine wirtschaftliche Revolution. Diese hatte eine neue Volksschicht, den Lohnarbeiterstand, geboren. Anstatt diesen Stand als Familienglied aufzunehmen, hielten die älteren Volksschichten an überalterten Vorrechten fest. Der Wirtschaftsliberalismus nutzte seine Vormachtstellung im wirtschaftlichen Leben reiflos aus. Innerhalb der deutschen Arbeiterschaft kam der Gedanke, daß nur durch die Verwirklichung der Lehre des Marxismus der Arbeiterstand wirtschaftlich und kulturell einen Aufstieg erleben könnte. Die christlich-nationale Arbeiterschaft ging ihre eigenen Wege.

Das Programm der christlichen Gewerkschaften fußt in der Lehre des Christentums und im nationalen Volksleben. Sowohl in den Gründerjahren wie auch in den Nachkriegsjahren haben die christlich-nationalen Arbeiter ihre Treue zu ihrer eigenen Ständebewegung bewahrt.

Einer Arbeitnehmerschaft aber, die ein Menschenalter für ihre eigene Idee kämpft, ist die eigene Ständebewegung mehr als ein äußeres Zeichen. Sie ist diesen Menschen Lebensinhalt geworden. Die christlich-nationalen Gewerkschaften bedürfen keiner Umstellung. Ihre Jahrzehnte langen Taten wirken mehr als 1000 Ergebniserklärungen. Voraussetzung ist, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft in Freiheit für ihre Ständebewegung und für den Aufstieg unseres Volkes mitarbeiten kann.

Herr Landesgerichtsdirektor Dr. Kreul überbrachte die Grüße der Staatsministerien und wünschte der Kundgebung einen guten Verlauf. Er machte dabei über die nationale und soziale Stellung der christlichen Gewerkschaften folgende Ausführungen: Ihre heutige Tagung ist nicht eine der üblichen Jahrestagungen der Gewerkschaften, sondern eine der großen nationalen Veranstaltungen der Jetztzeit. Die christlichen Gewerkschaften wollen ein Bekenntnis ablegen zur Mitarbeit an einem neuen Deutschland, zum Segen und zum Glück unseres gesamten Vaterlandes. Ich weiß es

sehr wohl, daß gerade ihre Organisation das nationale Gedankengut hoch in Ehren gehalten hat, und ich weiß, daß es bei ihnen keines nationalen Erwachsens bedurfte.

Es ist anzuerkennen, daß die christlichen Gewerkschaften den nationalen Gedanken stets hochgehalten haben und stolz für sich in Anspruch nehmen können, Wegbereiter und Schrittmacher dieser nationalen Erhebung gewesen zu sein. Nunmehr gilt es, aus dem Volke eine lebendige, starke Nation zu formen. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, gilt es jetzt aus der Kampfstimmung herauszukommen und auf Versöhnung und Ausgleich hinzuwirken. In den Berufsständen liegt die erhebende Kraft zum Aufbau der Nation, des Staates, der Wirtschaft. Die nationale Regierung wird die Gewerkschaften als berufsständische Vertretung der Arbeiterschaft anerkennen. Das Werk des Aufbaues kann nur gelingen im Geiste wahren Christentums.

Wir wissen, daß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung Wege gehen wird, die nicht Selbstzweck sind, sondern eines der Mittel zu dem großen nationalen Ziele, die tiefen Gegensätze und Risse des deutschen Volkes zu überbrücken und unter den Berufsständen die verschiedenen Interessen des deutschen Volkes zu einem gerechten Ausgleich zu führen und unser schwergeprüftes deutsches Volk einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

Herr Bürgermeister Dr. Bühner, Dresden, dankte im Namen der Ehrengäste für die Einladung. Das deutsche Volk habe sich, wie die letzten Ereignisse beweisen, auf sich selbst besonnen. Aus der gegenwärtigen Kampfstimmung müssen wir auf Versöhnung und Ausgleich hinarbeiten. Alle Volkstände müssen ihre Kräfte für den Aufbau mobil machen. Er habe die Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft an der Spitze des neuen Reiches mitmarschieren würde.

Das Hauptreferat hatte der Chefredakteur unserer Tageszeitung „Der Deutsche“, Wilhelm Wiedfeld, übernommen.

Er führte u. a. aus: Die jetzt so lebhaft diskutierte Frage nach der Neuordnung der Gewerkschaften ist von wesentlicher Bedeutung, weil ihre Lösung für die Zukunft von Wirtschaft, Staat und Volk von größter Wichtigkeit ist. Entscheidender als die äußere Form ist der geistige Gehalt der Organisationen. Staatspolitische Einheitsgewerkschaften nach italienischem oder russischem Muster sind das Ende einer jeden Gewerkschaftsbewegung. Wir wollen einen starken, rückgratfesten Staat, aber die Gewerkschaft muß ihrer Bestimmung gemäß nicht das Rückgrat des Staates, sondern das Rückgrat einer Ständebewegung fortjährtwilligen Arbeiterschaft sein. Die Uebertragung fremder Vorbilder ist verfehlt. So wie das deutsche Volkstum seinem innersten Wesen nach nur in Freiheit gedeiht, so kann auch das deutsche Arbeiterum nur dann zur vollen Entwicklung seiner Kräfte kommen, wenn es sich in zuchtvoller Freiheit entfalten kann. Diese Freiheit schließt nicht aus, daß der Staat darüber wacht, daß schädliche Einflüsse verhindert werden.

Die christlichen Gewerkschaften vertreten den Gedanken der berufsständischen wirtschaftlichen Ordnung.

Diese Ordnung läuft im Kern darauf hinaus, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. ihre Organisationen zur berufsständischen Gemeinschaftsarbeit, zu einer Leistungsgemeinschaft auf dem Boden der

Selbstverwaltung und freien Selbstverantwortung kommen. Der Staat soll autoritativ die Formen schaffen, in denen eine umfassende Gemeinschaftsarbeit möglich ist. Die letzte Entscheidung zur Sicherung von Frieden, Ordnung und Fortschritt muß beim Staate liegen, doch soll er möglichst wenig in den Bereich der Wirtschaft einbezogen werden. Wir wünschen keinen Staatssozialismus, dafür aber einen Sozialismus des einzelnen und des Berufsstandes, der nicht in erster Linie vom Nächsten Dienst und Gabe verlangt, sondern, der sich zuerst dem Nächsten verpflichtet fühlt. Einen Sozialismus, der den Dienst vor den Lohn, die Pflicht vor das Recht rangiert. Der Redner sprach dann von den wirtschaftlichen und sozialen Grundfragen der christlichen Gewerkschaften. Er wandte sich dabei vor allem gegen die klassenkämpferischen Tendenzen. Der Arbeiter müsse über seine „Selbstkosten“ hinaus den Segen seiner Arbeit spüren. Bemerkenswert war seine Feststellung, daß, wenn der Nationalsozialismus dem Christlichen und Nationalen, das das Soziale in sich trage, Raum zur Entwicklung gebe, wie das die programmatische Erklärung Hitlers erwarten ließe, auch die gesamte christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung zur loyalen Mitarbeit bereit sei. Sie habe es nicht notwendig, sich dazu erst grundlegend umzustellen.

Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung sei in der marxistischen Revolution ein fester Deich gegen die bolschewistische Flut gewesen. Freudiger schloß sie sich heute dem Strom der sozialen Erneuerung an. Mit der Losung: „Mit Gott für ein königliches Volk und ein freies, starkes Vaterland“, schloß Wiedfeld seine Ausführungen.

Im Anschluß ging der Leiter der Versammlung nach auf die letzten Erklärungen der sächsischen Arbeitgeberverbände ein, die zum Ausdruck bringen, daß sie zu der Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmerverbänden bereit wären. Voraussetzung für diese Gemeinschaftsarbeit, so führte Kollege Pöcker aus, ist, daß die Grundrechte der Arbeiterschaft Wahrung haben und sie ihren gerechten Anteil an dem Ertrag der Wirtschaft erhält.

Die imposante Tagung schloß mit dem Deutschlandlied.

## NSDAP.-Sonderkommissar über die christl. Gewerkschaften

Nachdem auf der Jahreshauptversammlung des Ortsauschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg der bayrische Kommissar, NSDAP.-Leiter Pöcker, bereits darauf hingewiesen hat, daß die Regierung nicht daran denke, die Gewerkschaften zu zerschlagen und daß insbesondere die christlichen Gewerkschaften unbedingt notwendig seien, hat nunmehr auch der badische Gewerkschaftskommissar, Herr Plattner, auf einer Generalversammlung des Landeskartells der christlichen Gewerkschaften für Baden-Württemberg und Hohenzollern in Karlsruhe beachtenswerte Ausführungen über die Stellung der Regierung zur Gewerkschaftsfrage gemacht, die ebenfalls grundlegend die Gewerkschaften bejahen und die christl. Gewerkschaften insbesondere anerkennen. Herr Plattner führte dabei unter anderem folgendes aus:

Wir begrüßen die bewußt nationale Einstellung der christlichen Gewerkschaften. Als parteipolitisch neutrale Bewegung ist bei Ihnen die erste Voraussetzung einer Zusammenarbeit mit uns gegeben. Sie haben also keine Bedenken in Ihrer Arbeit zu befürchten. Ich freue mich über Ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am nationalen Aufbau. Die Grundlage unserer Zusammenarbeit ist die Weltanschauung.

Das gleiche gilt für die Arbeiterbetriebsräte. Wenn sich Ihre Betriebsräte in diesem Sinne betätigen, werden auch sie keinerlei Behinderung in ihrer Tätigkeit zu befürchten haben.

Ebenso betonte Herr Plattner weiter, wenn verschiedene Arbeitgeber dächten, jetzt die Löhne weiter kürzen zu können, dann seien sie im Irrtum. Sollten die christlich-nationalen Gewerkschaften bei größeren Aktionen seiner Hilfe benötigen, dann bitte er sie, sich an ihn zu wenden. Ueber die Einstellung der NSDAP. zu den Gelben betonte Herr Plattner, daß dieselben entschieden abgelehnt würden. Wo sich die Gelben dreien machen sollten, da bitte er die christlichen Gewerkschaften, der NSDAP. zu helfen, dies zu verhindern.

Die freien Gewerkschaften, so betonte der Kommissar, bedürften einer besonderen Kontrolle. Hier hätten die christlich-nationalen Gewerkschaften mit der NSDAP. eine gemeinsame große Aufgabe: Umkehrpeltung der Genossen, Kampf dem Marxismus.

Schließlich sprach der Sonderkommissar den Wunsch aus, daß die christlichen Gewerkschaften in diesem alten Geiste und mit neuer Kraft an dem gemeinsamen Werk des nationalen und sozialen Neuaufbaues mitwirken möchten.

### Arbeitsgerichtsvertretungs- berechtigt - aber nicht tariffähig

Bekanntlich sind nach dem bestehenden Recht nur die als „wirtschaftliche Vereinigungen“ anerkannten Gewerkschaften, „tariffähig“, also in der Lage, rechtskräftige Gesamtverträge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgebern abzuschließen. Nach § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes galt das gleiche bisher auch für die Vertretungsbefugnis vor den Arbeitsgerichten.

Das Gesetz vom 4. April 1933 gab dem Reichsarbeitsminister das Recht, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Justizminister auch andere als „wirtschaftliche Vereinigungen“, d. h. auch nichtgewerkschaftliche Gruppen und Vereine vertretungsberechtigt vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten zu erklären. Wohlgekannt: diese eventuelle Zulassung bezieht sich lediglich auf die Prozessvertretung vor den Arbeits- bzw. Landesarbeitsgerichten, nicht auf sogenannte Tariffähigkeit, also die Berechtigung zum Abschluss von Tarifverträgen.

Auf Grund dieses neuen Gesetzes vom 4. 4. 33 hat nunmehr der Reichsarbeitsminister die „Stahlhelm-Selbsthilfe“ und die „NSBO“ zur Vertretung vor den Arbeitsgerichten zugelassen. Die Zulassung der sogenannten „gelben“, wirtschaftsfreundlichen Vereine ist nicht erfolgt.

Durch diesen Erlaß des Arbeitsministers erhalten die „Stahlhelm-Selbsthilfe“ und die „NSBO“ lediglich die Vertretung zur Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten. Die sogenannte „Tariffähigkeit“, d. h. die Berechtigung zum Abschluss von Tarifverträgen, ist ihnen jedoch mit dieser Zulassung nicht gegeben.

Nach wie vor ist nach der bestehenden Rechtslage für die Erreichung der „Tariffähigkeit“ Voraussetzung, daß die tatsächliche Vereinigung die Bedingungen einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ erfüllt, d. h. satzungsmäßig und tatsächlich Gewerkschaft ist.

Trotz der Zulassung der „Stahlhelm-Selbsthilfe“ und „NSBO“ zur Arbeitsgerichtsvertretung bleiben also nach wie vor nur die Gewerkschaften tariffähig.

### Ein gefährlicher Rechtsirrtum!

„Erfolgsbetriebsräte“ sind rechtswidrig! Vertretungsberechtigt in den letzten Wochen versucht ordnungsmäßig gewählte Betriebsräte zum Rücktritt zu zwingen oder „abzusetzen“ und an ihre Stelle sogenannte „kommissarische“ Vertreter zu ernennen.

Das bedeutet nicht nur eine Veräusserung der Rechtslage, sondern auch eine ernsthafte Gefährdung der Arbeiterinteressen und macht folgende Feststellung der Rechtslage erforderlich:

Die Befugnis zur Amtsenthebung von ordnungsmäßig gewählten Betriebsräten und zur Ernennung von rechtsgültigen Vertretern haben nur die zuständigen Behörden. Amtsenthebungen, die von anderer Seite erfolgen, sind rechtsunwirksam. Ebenso haben Vertreter oder Obmänner, die nicht in ordnungsmäßiger Wahl gewählt oder von den zuständigen Behörden bestellt und bestätigt wurden, keine Rechtsbefugnisse nach dem Betriebsrätegesetz. Ründigungsansprüche und sonstige Anliegen, die bei solchen Vertretern eingebracht werden, sind nicht rechtswirksam nach dem BRG.

Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die gesetzlichen Freitabellbestimmungen im gerichtlichen Einspruchsverfahren. Einsprüche bei nicht gesetzlich anerkannten Vertretern oder „Obmännern“ haben keine Rechtskraft und gefährden damit die Durchführung des Einspruchsverfahrens durch Freitabelllauf.

Der Schutz und die Rechte des Betriebsrätegesetzes können der Gewerkschaft nur durch ordnungsmäßig gewählte Betriebsräte gesichert werden. Im eigenen Interesse der Arbeiterchaft liegt es, diese Rechtslage zu beachten, um sich vor Schäden zu bewahren. Die gewerkschaftlich geschulten und ordnungsmäßig gewählten Betriebsräte unseres Verbandes bieten dafür die beste Gewähr.

### Buchbesprechung

Jugend auf der Wanderschaft. Von Erich Haffner. V. Cassirer-Verlag, Berlin. Unter den Auswirkungen der allgemeinen National- und Wirtschaftskrise hat die Jugendverelendung und -vernichtung in erschreckendem Maße zugenommen. Vor allem in der Großstadt und in den menschenüberfüllten Industrieregionen herrscht eine Jugendverelendung, von der die Wenigsten sich einen Begriff machen. Es ist hauptursächlich ein Mangel an Arbeitsplätzen, der die Jugend in die Verelendung hineindrückt. In objektiver und von keinerlei politischer oder klassenmäßiger Tendenz getriebener Sachlichkeit zeigt er eine hervorragende Übersicht und prägnante Zusammenfassung der Ursachen und des Ausmaßes der Jugendverelendung. Der Verfasser hat in diesem Buch eine wirklich wertvolle Darstellung der sozialen Jugendverelendung.

### Berichte aus den Ortsgruppen:

Emsdetten. Am Sonntag, dem 2. April, hielt die Ortsgruppe Emsdetten eine Familienveranstaltung mit Jubilarehrung bei Laumann ab. Aus diesem Anlaß fand morgens 10 Uhr eine Versammlung der Funktionäre und Jubilare statt. Der Vorsitzende, Kollege Rennebröker, begrüßte zunächst den Hauptkassierer, Kollegen Dünzler aus Düsseldorf, und gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch der Versammlung. Alsdann hielt der Kollege Dünzler einen Vortrag über das Thema: „Die Verbandsleitung als Sachwalter im Dienste der Mitglieder“. Er legte zunächst in seinen Ausführungen die Erfahrungen dar, die er in seinem Wirkungskreis als Hauptkassierer an der Verbandszentrale bezüglich der Einstellung der Mitglieder zur Verbandsleitung gemacht hat. Es ist unmöglich, daß die Wünsche jedes einzelnen Mitgliedes reiflos befreit werden können. Die Verbandsleitung muß vor allen Dingen gerecht vorgehen. Sie muß sich in jedem Falle nach den Satzungen richten, die ihr doch von der Verbandsgeneralversammlung vorgegeben werden.

Die augenblickliche Wirtschaftskrise hat sich auch in unserem Verbandsbereich bemerkbar gemacht. Es war im vorigen Jahre ein Viertel der Mitglieder arbeitslos, die Hälfte der Mitglieder hat kurz gearbeitet. Es sind davon auch die Klassenverhältnisse beeinflusst worden. Wir waren darum gezwungen, auf allen Gebieten Sparmaßnahmen zu treffen.

und unsern Führer, die, aufbauend auf die Grundzüge des Christentums, mit ganzer Kraft und Hingabe jederzeit wertvolle Arbeit über unsern Stand hinaus für Volk und Staat geleistet haben. Auch die hiesigen Jugendgruppen haben seit Jahren mit ganzer Kraft für die Bekämpfung und Pflege einer christlichen Arbeiterpersönlichkeit gewirkt. Proletarische Gesinnung hat nie eine Heimstätte in unseren Reihen gefunden, trotz der gemeinsamen Räte, die wir mit andersgestimmten Arbeitsbrüdern teilen.

Das oberste Ziel unserer Arbeit war und ist immer die Heranbildung einer berufstätigen und standesbewußten Arbeiterpersönlichkeit, die sich ihrer großen Verantwortung gegenüber Volk, Staat und christlicher Kultur bewußt ist. Unsere Arbeit bleibt auch in Zukunft aufgebaut auf die festen Grundzüge des Christentums, deren tiefste Forderungen sind: Verantwortung, Gerechtigkeit und Liebe! In diesem Sinne geloben wir auch fernerhin, Hand in Hand mit unsern erprobten Führern, treue Dienste zu leisten an Stand, Volk und Vaterland!

Die Jugendführerschaft: Paul Neumann, Vorsitzender, Alfred Steurich, Herbert Jährig, Anna Neumann. Schirgiswalde. Am 31. März hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Paul Tamm, begrüßte die Erschienenen und gab seiner Freude über den guten Besuch Ausdruck. In seinem Jahresbericht schilderte er die verheerende Auswirkung der Stilllegung des Konzernbetriebes von Wagner & Moras auf die Gruppe. Im Berichtsjahre wurden der Gruppe vier Mitglieder durch den Tod entzogen. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Kollege Josef Oppitz gab den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, und die Versammlung erteilte Entlastung. Auch stand auf der Tagesordnung die Ehrung eines Jubilars, des Kollegen Josef Marschner. Dieser war leider verhindert am Erscheinen. Diplom und silberne Verbandsnadel wurden ihm demzufolge vom Vorstand in der Wohnung überreicht. Der Geschäftsführer beauftragte den Vorstand, den Jubilar im Namen der Verbands-, Bezirks- und Geschäftsstellenleitung zu beglückwünschen.

Nach gerügter Neuwahl erhielt der Geschäftsführer das Wort zu seinem Vortrag. Zunächst dankte er allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern für die im verflossenen Jahre geleistete Mitarbeit. Dann besprach er die neu erschienenen Richtlinien des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und führte unter anderem aus: Die christlichen Gewerkschaften brauchen sich in keinem Punkte umzustellen. Sie waren von ihrer Geburtsstunde bis auf den heutigen Tag christlich und national. Die junge nationale Bewegung in Deutschland will ein starkes deutsches Vaterland schaffen. Das wollen auch wir. Hier kann diese junge Bewegung und die Regierung auf starke Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften rechnen. Die Klassenauflösung, welche Wesensbestandteil des Marxismus ist, haben die christlichen Gewerkschaften schon immer abgelehnt. Noch bevor in Deutschland der Nationalsozialismus entstand, hat die christliche Gewerkschaftsbewegung den Marxismus als ihren Erbfeind bekämpft. Ihr Programm wurzelt in dem Gedanken der schicksalhaften Verbundenheit aller Volksgenossen untereinander. Unsere Bewegung will eine berufständische Ordnung und auf dieser Grundlage die Tarifgemeinschaft. Im Mittelpunkt der Wirtschaft muß der Mensch stehen. Wir wollen einen starken Staat, wir wollen ein einiges deutsches Vaterland. Christentum und seine Grundzüge wollen wir in Volk, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verankern. Das kann keine sozialistische Bewegung. Dieser fehlt die gestaltende Kraft. Das kann nur eine christliche, welche in den ungeschriebenen Sitten geformt wurde. Deshalb muß unsere Parole sein: Im christlich-nationalen Staate gehört jeder deutsche Arbeiter in die christlich-nationalen Gewerkschaften. Damit bauen wir ein neues christlich-nationales und soziales Deutschland. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

### Müssen wir uns umstellen?

Jakob Peich, Kreisfeld, der als Mitbegründer an der Wiege unseres Verbandes stand und einer der treuesten Mitkämpfer blieb, schreibt uns: Als Ende des vorigen Jahrhunderts die Arbeit mehr und mehr mechanisiert wurde, trat die Persönlichkeit des einzelnen Arbeiters immer mehr in den Hintergrund. Sein ausgeklügeltes Maschinen nahmen ihm die Arbeit ab. Die persönliche Eigenart, die er dem Fertigfabrikat bis dahin aufgedrückt hatte, verschwand; an ihre Stelle trat die Schematisierung. Die bisherige Wertschätzung, die dem tüchtigen Arbeiter seitens der Arbeitgeber entgegengebracht worden war, wurde als nicht mehr nötig erachtet. Der Arbeiter wurde jetzt nur noch als Ersatzteil der Maschine betrachtet und behandelt. Da kam den Arbeitern die Erkenntnis, daß der Einzelne gegen die Mißachtung und die Ausbeutung seiner Persönlichkeit nichts vermochte, er suchte deshalb Anschluss an seine Mitarbeiter, und so entstand der Zusammenschluß oder die Gewerkschaftsbewegung. Drei Richtungen taten sich auf, die sich-Demokratische, die im liberalen Fahrwasser schwamm, die sogenannte „freie“, die von sozialdemokratischen Agitatoren dirigiert und korrigiert wurde und als Zuträger der sozialdemokratischen Partei diente, und die wirklich freien, unabhängigen christlichen Gewerkschaften.

Die letzteren verfolgten christlich-nationale Grundzüge. Sie haben jahrzehntlang für ihre Freiheit und für die Durchsetzung ihrer Grundzüge gekämpft. Von der Schwere der Kämpfe kann sich nur der einen Begriff machen, der für diese idealen Anschauungen im Schlachtengelümmel dringender hat. Als 1899 auf dem Mainzer Kongress die Ansicht auftrat, die christlichen Gewerkschaften müßten sich an die Zentrumspartei anlehnen, um einen politischen Rückhalt in den Parlamenten zu haben, wurde diese Anschauung von den übrigen Delegierten entschieden abgelehnt! Die christlichen Gewerkschaften haben diese Ablehnung nie zu bereuen gehabt. Was sie auf eigenen Füßen stehend für die Arbeiter, für Volk und Vaterland in jahrzehntelanger, schwerer Arbeit geleistet haben, hat ihnen die Achtung aller Gutesinnigen eingebracht. Sie haben keine Scheidewände aufgeschichtet, sie haben auch nie dem Klassenkampf das Wort geredet. Verjöhnung aller Volksschichten war ihr Leitmotiv.

Der Auffassung, daß der Arbeiter ein minderwertiges Geschöpf sei, sind sie allerdings scharf entgegnet und haben seine Einordnung in Staat und Gesellschaft verlangt. Treu deutsch waren wir und werden es bleiben, wir werden in alter Treue mitarbeiten, um unser so schwer geprüftes Vaterland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Einer Umstellung unsererseits bedarf es nicht, wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind.

Redner kam dann auf die augenblickliche Lage zu sprechen. Viele Menschen, die durch die Wirtschaftskrise in Not geraten sind, erhoffen von der jetzigen Regierung Hilfe. Auch die christlichen Gewerkschaften sind gewillt, an den Neuaufbau des nationalen Staates mit allen Kräften mitzuarbeiten. Tragende Führer der jetzigen Regierung denken nicht daran, die Gewerkschaften zu verbieten oder zu zerlegen. Wenn von den Gewerkschaften verlangt wird, daß sie sich vom Marxismus trennen sollen, dann gilt das den freien Gewerkschaften, welche seit Jahrzehnten dem Marxismus gehuligt haben. Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen mit Recht jede parteipolitische Bindung abgelehnt. Für uns kommt es jetzt darauf an, unsere Bewegung weiter zu führen. Internationale Mitarbeit ist dafür erforderlich. — Es folgte dann eine rege Aussprache.

Am Sonntag, dem 2. April, hielt die Ortsgruppe Emsdetten eine Familienveranstaltung mit Jubilarehrung bei Laumann ab. Aus diesem Anlaß fand morgens 10 Uhr eine Versammlung der Funktionäre und Jubilare statt. Der Vorsitzende, Kollege Rennebröker, begrüßte zunächst den Hauptkassierer, Kollegen Dünzler aus Düsseldorf, und gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch der Versammlung. Alsdann hielt der Kollege Dünzler einen Vortrag über das Thema: „Die Verbandsleitung als Sachwalter im Dienste der Mitglieder“. Er legte zunächst in seinen Ausführungen die Erfahrungen dar, die er in seinem Wirkungskreis als Hauptkassierer an der Verbandszentrale bezüglich der Einstellung der Mitglieder zur Verbandsleitung gemacht hat. Es ist unmöglich, daß die Wünsche jedes einzelnen Mitgliedes reiflos befreit werden können. Die Verbandsleitung muß vor allen Dingen gerecht vorgehen. Sie muß sich in jedem Falle nach den Satzungen richten, die ihr doch von der Verbandsgeneralversammlung vorgegeben werden.

Nach dem Referat wurden für unsere Mitglieder 520 M. Feriengeld ausbezahlt. Nur der Arbeit der Gewerkschaften verdankt die Arbeiterchaft des stillgelegten Betriebes, daß sie noch nachträglich Feriengeld bekommen hat. Wieder ein Beweis mehr für die Notwendigkeit einer starken Gewerkschaftsbewegung. Auch im nationalen Deutschland wird die Arbeiterchaft sowie Volk und Vaterland die Arbeit der christlichen Gewerkschaften nicht als überflüssig betrachten können.

### † Sterbetafel †

Heint. Siekmann, Jollenbeck, 41 J. — Johana Ebers, Odenkirchen, 65 J. — Josef Bades, Lobberich, 75 J. — Carl März, Wiefen, 32 J. — Wilhelm Heidemann, Gütersloh, 63 J. — Emma Busch, Keufels, 45 J. — Arnold Rappeln, Bena, 75 J. — Hermann Stenes, Freyell, 75 J. — Barbara Deub, Wachen, 74 J. Ruhest in Frieden!

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Vor der „Sozialen Wochenschrift“. — Die Mission der christlichen Gewerkschaften im neuen Reich. — Der nationale Wille der christlichen Gewerkschaften. — Wirtschaftskrise gerührt die Volksgemeinschaft. — Arbeitszeitverkürzung und Nebenerwerbseinkünfte. — Neuaufbau im christlich-nationalen Geiste. — NSDAP-Sonderkommission über die christlichen Gewerkschaften. — Arbeitsgerichtsvertretungsberechtigt - aber nicht tariffähig. — Ein gefährlicher Rechtsirrtum. — Müssen wir uns umstellen? — Feuilleton: Der „Bozse“, wie wir ihn sehen. — Interessantes von Sani und Sebe. — Berichte aus den Ortsgruppen: Emsdetten. — Schirgiswalde. — Buchbesprechung. — Sterbetafel. Schriftleitung: Otto Raier, Dross, Hlarscht. 7.